



BN informiert

Nürnberg, November 2008
LFGS Gentechnik

BN kritisiert Geheimgespräche – EU-Präsident Barroso und europäische Regierungsvertreter wollen Anbau von Gentechnik-Pflanzen forcieren

Auf entschiedene Kritik des BN stößt das Vorhaben von EU-Präsident Barroso, der heimlich und leise Vorbereitungen zur Ausweitung des Anbaus von Gentechnik-Pflanzen in der EU treffen will. Eine so genannte Sherpa-Gruppe, die aus direkt von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten entsandten Vertretern/Vertreterinnen besteht, soll dies zusammen mit der EU-Kommission vorbereiten. Die Protokolle von Treffen im Juli und Oktober 2008 gelangten an den europäischen Umweltverband Friends of the Earth Europe (FoEE), dessen deutsche bzw. bayerische Mitglieder der BUND bzw. der Bund Naturschutz (BN) sind.

Hubert Weiger, BN Landesvorsitzender forderte Ilse Aigner, die neue Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, auf, bei diesem trüben Spiel von EU-Kommissionspräsident Barroso nicht mitzumachen. „Ministerin Aigner und Bundeskanzlerin Merkel sind aufgefordert, sich für die Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen und der Landwirte einzusetzen, die die Agrogentechnik ablehnen, da sie mit einer Vielzahl von Risiken für Gesundheit, Umwelt und bäuerliche Landwirtschaft verbunden ist. Auch für die Bemühungen Bayerns, gentechnikfreien Anbau zu sichern, sind die Geheimgespräche kontraproduktiv. Der neue bayerische Landwirtschaftsminister Brunner, der sich als eine der ersten Amtshandlungen im Bayerischen Rundfunk äußerte, gentechnisch veränderte Lebensmittel nicht zu wollen, weil auch in Bayern niemand diese Lebensmittel wolle, muss sich auf Bundesebene stark für das Entscheidungsrecht der Bundesländer auf gentechnikfreien Anbau machen, so Weiger. „Es wäre fatal“, so Weiger, „wenn Politiker den Verbrauchern und Landwirten signalisieren, gentechnikfreie Lebensmittel dauerhaft garantieren zu wollen, sich aber insgeheim für eine beschleunigte Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) einsetzen. Solche Doppel-Strategien müssen stärker an das Licht der Öffentlichkeit gelangen.“

In ihrem Heimatwahlkreis Starnberg ist Bundesministerin Aigner von Bündnissen umgeben, die sich ihre Heimat gentechnikfrei bewahren möchten. „Ministerin Aigner muss sich dafür einsetzen, dass die Agrogentechnik nicht über die Hintertüre durch Futtermittelimporte in Europa, Deutschland und Bayern Verbreitung findet“, forderte Dr. Martha Mertens, Sprecherin der BN-Arbeitskreises Gentechnik.

Geheime Treffen

Auf Einladung von EU-Kommissionspräsident Barroso traf sich bereits im Juli und erneut im Oktober 2008 eine so genannte Sherpa-Gruppe, die aus direkt von den 27 Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten entsandten Vertretern/Vertreterinnen besteht. Deutsches Mitglied der im Stillen tagenden Grup-

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

pe ist der Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt, Peter Rösger. Die an Friends of the Earth gelangten Dokumente (1) zeigen, dass die Zulassung von Gentechnik-Pflanzen und -Lebensmitteln in der EU beschleunigt werden soll, denn die im Vergleich zu anderen Ländern verzögerten Zulassungen von GVO stellen angeblich eine Bedrohung der europäischen Landwirtschaft dar.

Strategie für die Pro Gentechnik-Öffentlichkeitsarbeit

Die aus Kommissions-Sicht unerwünschten Verzögerungen bei der Zulassung neuer gentechnisch veränderter Pflanzen in Europa werden offenbar auch der öffentlichen Debatte über Nutzen und Risiken von Gentechnik-Pflanzen und -Lebensmitteln angelastet. In der Sherpa-Gruppe wurde deshalb vorgeschlagen, die Vertreter des Agrogentechnik-Sektors sollten sich offensiver äußern, um die Diskussion über Agrogentechnik nicht Interessengruppen (wie z. B. Umwelt- und Verbraucherverbänden) zu überlassen. Die EU-Kommission werde überlegen, wie eine langfristig angelegte Strategie der Öffentlichkeitsarbeit zur Agrogentechnik in der EU zu bewerkstelligen sei.

In der Sherpa-Gruppe will Barroso offenbar unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutieren, wie die aus seiner Sicht unnötige Debatte über die Risiken von GVO für Gesundheit, Umwelt und bäuerliche Landwirtschaft abgekürzt werden kann. Besonders ärgerlich für die EU-Kommission ist, dass der Versuch, die GVO-Zulassungsverfahren zu „verschlanken“ und in der EU nicht-zugelassene GVO durch die Hintertür als Kontamination einzuführen (2), auf heftigen Widerstand in der Öffentlichkeit stößt. Die Öffentlichkeit soll deshalb entsprechend „aufgeklärt“ werden. Noch im November 2008 will die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten über ihre Pläne informieren.

Ein breites Bündnis aus Verbänden des Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie der bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft hat das von der EU-DG Landwirtschaft entworfene Szenario als extrem interessengeleitet enttarnt. Das Bündnis hat sich vehement gegen das Ansinnen der EU-Kommission ausgesprochen, das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit für Verbraucher und Verbraucherinnen den wirtschaftlichen Interessen der Agrogentechnik-Industrie zu opfern (3).

Für Rückfragen:

**Marion Ruppner,
BN Agrarreferentin,
Tel. 0911 8187 8 – 20
marion.ruppner@bund-naturschutz.de**

weiterführende links:

- (1) http://www.foeeurope.org/GMOs/GMOs_highlevel_discussion.html
- (2) http://www.foeeurope.org/GMOs/2007/FoEE_GMO_Livestock_171207.pdf
- (3) http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/gentechnik/20080900_gen-technik_nulltoleranz_hintergrund.pdf